

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der
Wahlperiode 2023/2027 am 03.06.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:17 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Bürgermeister Neuhoff

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Frau Stadtverordnete Ruser

Herr Stadtverordneter Viebrock

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Frau Stadtverordnete von Twistern

Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Coordes

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Entschuldigt:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete Knorr

Herr Stadtverordneter Schäfer

Schriftführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Jochim, BIT

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Ortspolizeibehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Personalrat Schulen:

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Frau Hamaoui

Herr Schildt

Herr Saß

Herr Maier

Frau Rinas

Frau Looser

Herr Thomas

Migrationsrat

Frau Dr. Brugman

In Vertretung für Herrn Oberbürgermeister Grantz führt Herr Bürgermeister Neuhoﬀ den Vorsitz. Herr Neuhoﬀ begrüßt die Anwesenden und teilt mit, welche Ausschussmitglieder für die heutige Sitzung entschuldigt sind. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt. Weiter teilt Herr Neuhoﬀ mit, dass es für die heutige Sitzung zwei Tischvorlagen gibt: Nr. 21/2025 „Stellenhebungen im Bereich der Polizei“ und Nr. 22/2025 „Verlängerung eines 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes“. Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden, dass diese Vorlagen als TOP 4.9 und als TOP 4.10 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des
Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode
2023/2027 am 10.03.2025**

12/2025

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Herr Secci).

Herr Jürgewitz hatte in der Ausschusssitzung am 10.03.2025 eine Frage zu der Vorlage Nr. 8/2025 „Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsentwicklung im Gesundheitsamt - hier: Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen“, deren Beantwortung in die Niederschrift für die Sitzung am 10.03.2025 aufgenommen wurde. Zu der Beantwortung hat Herr Jürgewitz eine Nachfrage. Er möchte wissen, was der ÖGD-Pakt ist und ob die Aussage, eine Personalmehrung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lässt sich nicht feststellen, richtig ist.

Antwort zu Protokoll:

ÖGD-Pakt steht für „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“. Der ÖGD-Pakt steht insoweit mit der Corona-Pandemie im Zusammenhang, als dass diese die Schwächen bzw. die Krisenanfälligkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes offenbarte. Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurden Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um den Öffentlichen Gesundheitsdienst personell und hinsichtlich notwendiger Digitalisierungsmaßnahmen für zukünftige Krisensituationen zu stärken.

Die mit den Mitteln aus dem ÖGD-Pakt geschaffenen Stellen dienten daher nicht unmittelbar der Bewältigung der Corona-Pandemie, sondern der zukunftsfähigen personellen Ausstattung des Gesundheitsamtes. Stellen, die ausschließlich zur Bewältigung der Pandemie dienen sollten, wurden im Gesundheitsamt nicht geschaffen. Dies sollte mit der in Frage stehenden Aussage zum Ausdruck gebracht werden.

Auszüge: Amt 11/0, Amt 11/3

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 03.06.2025 17/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Anerkennung von 15,0 befristet überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen (drittmittelfinanziert) 11/2025
hier: Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien für die Kindertagesbetreuung

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes, Herr Jürgewitz, Herr Neuhoff

Frau Coordes bittet darum, künftig auch dem Personal- und Organisationsausschuss mitzuteilen, wie viele der spanischen Fachkräfte nach der Qualifizierung in Bremerhaven bleiben. Herr Neuhoff sagt dies zu.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch Drittmittel, 15,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für pädagogische Fachkräfte (Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen im Rahmen des Programms für die Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien, befristet für die Dauer von 15 Monaten ab Einstellung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 51

4.2. Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2024 13/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den in der Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2024 zur Kenntnis.

Auszüge: I/6

4.3. Bewilligung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs für das Jobcenter Bremerhaven zur Einrichtung einer dritten Bereichsleitungsstelle 14/2025

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes, Herr Jürgewitz

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Trägerversammlung im Mai 2025, einen unbefristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarf „Bereichsleitung“ (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Jobcenter Bremerhaven.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Jobcenter Bremerhaven

4.4. Haushaltsabschluss 2024 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1) 15/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse des Ausschussbereiches 1 auf der Grundlage des 14. Monats 2024 zur Kenntnis.

Auszüge: Amt 11/1

4.5. Verlängerung und Aufstockung eines 0,5 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ für das Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes 16/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, den zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ bestehenden 0,5 überplanmäßigen Bedarf auf 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA), vorbehaltlich Bewertung) aufzustocken und diesen befristet bis zum 31.05.2027 zu bewilligen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Herr Jürgewitz, Frau Tiedemann).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 58

4.6. Verstetigung der Strategie des Prinzips Gender Mainstreaming

18/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt die Berichterstattung der Gender-Mainstreaming-Strategie zur Kenntnis und stellt fest, dass Gender Mainstreaming und Diversity-Management in der Verwaltung so nachhaltig verankert ist, dass es künftig keiner Berichterstattung mehr bedarf.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/4

4.7. Anerkennung befristeter Bedarfe für pädagogische Fachkräfte für das Amt für Jugend, Familie und Frauen und das Schulamt im Rahmen des Landesprogramms "Wege in Beschäftigung"

19/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, befristet für die Zeit vom 01.08.2025 bis 31.07.2027, die Anerkennung von 10,0 überplanmäßigen Bedarfen für pädagogische Fachkräfte im Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie, vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung im Ausschuss für Schule und Kultur, von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Schulamt im Rahmen des Programms „Wege in Beschäftigung“ (Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 40, Amt 51

4.8. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Sozialpädagoge:in für den Bildungsgang Werkschule an der Werkstattschule

20/2025

Wortmeldungen: Herr Polansky, Herr Secci

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Sozialpädagoge:in (Entgeltgruppe S12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA)).

Die Anerkennung erfolgt vorbehaltlich der Finanzierung gemäß Finanzausweisungsgesetz über die Ausgabenabrechnung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land Bremen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Herr Secci) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 40

4.9. Stellenhebungen im Bereich der Polizei - Tischvorlage

21/2025

Aufgrund der Ermächtigung in § 9 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven (für das Haushaltsjahr 2024) beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die nachfolgenden Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst:

- 9 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 2 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 14 BremBesO

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 12 Ja-Stimmen

Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 90

4.10. Verlängerung eines 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes - Tischvorlage

22/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Verlängerung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfes (Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet für ein Jahr, mithin bis zum 14.06.2026, für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 91

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

Herr Neuhoff informiert die Ausschussmitglieder über den folgenden Sachverhalt:

Der Personal- und Organisationsausschuss beschloss am 10. März 2025 auf der Grundlage der Vorlage Nr. 5/2025 die Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die kommunale Wärmeplanung (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

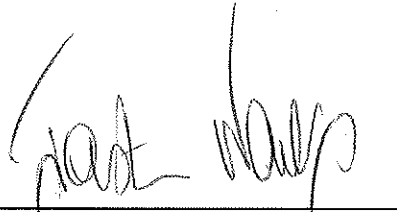
Versehentlich wurde der Ausschuss um Bewilligung des Bedarfes befristet bis zum 29.02.2028 gebeten. Die Finanzierung aus Drittmitteln besteht jedoch bis Ende 2028.

Der Ausschuss wird daher gebeten, der Befristung des Bedarfes bis zum 31.12.2028 zuzustimmen.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Befristung des Bedarfs bis zum 31.12.2028.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 9 Ja-Stimmen, 3 Enthaltung (Herr Jürgewitz, Herr Secci, Frau Tiedemann).

8. Verschiedenes



Torsten Neuhoff
Bürgermeister



Adomeit
Schriftführer

Entwurf